Geschrieben von: Lorenz Mittwoch, den 31. August 2011 um 17:01 Uhr

Fragen an den Landrat von Hameln-Pyrmont

Frank Pook (Die Linke): Ein Gau ist auch in Grohnde nicht auszuschliessen

Hameln/Emmerthal (wbn). Frank Pook, linker Kreistagsabgeordneter in Hameln-Pyrmont, hat einen Fragenkatalog zu den Katastrophenschutzmaßnahmen des Landkreises im Falle eines Reaktorunglücks an Landrat Rüdiger Butte eingereicht. Darin wird vom Landkreis "mehr Transparenz und detaillierte Aufklärung für die Öffentlichkeit" eingefordert.

Dazu erklärt Frank Pook: "Der Gau von Fukushima hat gezeigt, dass das sogenannte Restrisiko auch in Industriestaaten ein reales ist. Ein Gau ist auch im AKW Grohnde nicht auszuschließen. In einem solchen Fall entscheiden die Katastrophenschutzmaßnahmen über Leben und Tod; der Landkreis ist die zuständige Katastrophenschutzbehörde. Es ist höchste Zeit, dass auch bei uns die Lehren aus Fukushima gezogen werden und im Fall eines Austritts an radioaktiven Materials schnell reagiert wird. Informationen über vorhandene Katastrophenschutzmaßnahmen und Mittel müssen der Bevölkerung bekannt sein. Die Linke fordert vom Landkreis die Offenlegung der Katastrophenschutzplanung."

Fortsetzung von Seite 1

Die Fragen reichen von ärztlichen Maßnahmen bis zur Frage, ob und wie Kinder und Jugendliche in Kitas und Schulen im Falle eines Unglücks evakuiert werden können. Die Linke will wissen, wie die Evakuierungspläne im Einzelnen aussehen aber auch Klarheit über die Arbeitssicherheit der Mitarbeiter, insbesondere der kurzzeitig Beschäftigen, Leiharbeitnehmer und Beschäftigten mit Werkverträgen im AKW Grohnde.

Die nach der Wahl zu erwartenden Antworten dürften interessant werden, da gerade Landrat Rüdiger Butte vor dem Hintergrund der Ereignisse in Fukushima allgemeine Fragen zum Katastrophenschutz auf Landes- und Bundesebene aufgeworfen hatte und sich mit der

31. August 2011 - Weserbergland Nachrichten - Anfrage der Linken zu den Katastrophenschutzmaßnahme

Geschrieben von: Lorenz

Mittwoch, den 31. August 2011 um 17:01 Uhr

bisherigen Regelung offenbar nicht zufrieden gibt. Ihm geht es dabei auch um die Katastrophenschutz-Abstimmung über die Landesgrenzen hinweg. Deshalb will er mit den Nachbarn in Nordrhein-Westfalen entsprechende Konsultationen mit Blick auf die Katastrophenschutzplanung für das Kernkraftwerk in Grohnde vorbereiten.